



## **Niederschrift**

2. Plenarsitzung des Gemeinderates  
24. September 2019, 15:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

15.

## **Punkt 17 der Tagesordnung: Armutsbericht Stadt Karlsruhe 2019 Vorlage: 2019/0736**

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt nach Vorberatung im Sozialausschuss den Armutsbericht der Stadt Karlsruhe zur Kenntnis.

### **Abstimmungsergebnis:**

Kenntnisnahme, keine Abstimmung

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 17 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Sozialausschuss.

**Stadträtin Anlauf (GRÜNE):** Der Armutsbericht der Stadt Karlsruhe von 2019 ist ein großes Werk, das sich dem Thema Armut mit offenen Augen stellt und hinter dem viel vertiefende Arbeit, Statistiken, Auswertungen und Anregungen für die Praxis stecken. Vielen Dank dafür.

Diese Anstrengungen sind auch notwendig, denn Armut verfestigt sich in Deutschland und auch in Karlsruhe insgesamt weiterhin. Es wird immer schwieriger, sich aus Armut zu befreien. Ein Hauptaugenmerk hatten wir GRÜNEN auf die Situation Alleinerziehender gelegt, denn sie stellen eine besonders armutsgefährdete Gruppe dar. Vor 2 ½ Jahren brachten wir dazu einen Antrag ein, diese Gruppe im Armutsbericht besonders zu betrachten. Der Bericht sagt nun offen – das finde ich auch gut -, dass die Maßnahmen zur Unterstützung Alleinerziehender nicht ausreichend gegriffen haben. Die Zahl armer Alleinerziehender ist kaum gesunken. Sie liegt bei 1.800 Haushalten. Im letzten Doppelhaushalt wurde unser Antrag unverständlicherweise abgelehnt. Da ging es darum, dass wir Gelder haben wollten – 20.000 Euro – für eine qualitative, also direkt aufsuchende Befragung unter Alleinerziehenden durchzuführen. Denn sowohl der Familienreport und jetzt auch wieder der

Armutsbekämpfung machen deutlich, wir wissen zu wenig darüber, was man genau für die einzelnen Gruppen Alleinerziehender machen kann. Das ist nicht so einfach. Da muss man die einmal direkt fragen. Da sind auch Ergebnisse aus anderen Städten, dass man direkt aufsuchend hingehen muss, zum Beispiel auf Spielplätze.

Wir sind weiterhin dafür, hier deutlich zielgerichteter zu handeln. Dazu muss man mehr wissen, was alleinerziehende Familien brauchen. Ein Hinweis liefert der Gesellschaftsreport Baden-Württemberg von 2019, politische und gesellschaftliche Teilhabe von Armutsgefährdeten. Dort heißt es, Kinder im Haushalt wirken bei Armutsgefährdenden hemmend, was die soziale Integration und die Anzahl der sozialen Kontakte angeht, wo man denkt, es ist genau umgekehrt. Das ist aber nicht der Fall, im Gegensatz zu nicht armen Haushalten mit Kindern, die besonders viele soziale Kontakte haben. Als Ursache wird vermutet, dass besonders arme Alleinerziehende zu wenig Zeit haben, soziale Kontakte zu pflegen. Dies wäre zum Beispiel für Karlsruhe überprüfenswert, um daraus Handlungen abzuleiten. Denn durch diesen Report ist erweisen, dass es einen Negativkreislauf gibt von Armut, mangelnden Kontakten, geringem Austausch an Erfahrung und Information, zum Beispiel auch, um eine neue Arbeitsstelle zu finden.

Wichtig sind uns natürlich auch andere Gruppen. Zum Beispiel die wachsende Gruppe an alten Menschen, die Grundsicherung erhält. Hier macht uns vor allem die allgemein vermutete Dunkelziffer an armen alten Menschen nachdenklich, die erst gar keinen Antrag auf Grundsicherung stellen, obwohl sie ihn stellen könnten. Ein Ziel ist es für uns weiterhin, ein Augenmerk auf die Anzahl sanktionierter psychisch kranker Menschen und/oder Familien mit Kindern zu legen. Wovon lebt eine sanktionierte Familie mit Kindern eigentlich? Ist hier nicht von vornherein Kindeswohlgefährdung zu vermuten? Immerhin überprüft das Jobcenter zurzeit, ob weitergehende Meldungen an den sozialen Dienst mit dem Datenschutz vereinbar sind.

Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass die große Gruppe von ca. 1.200 Prostituierten, die größtenteils vor der Verelendung in Südosteuropa flohen, in den Armutsbericht mit aufgenommen werden. Diese stark gefährdeten Frauen sind da, hier in Karlsruhe. Da schauen wir bisher zu wenig hin. Sie brauchen Unterstützung, um aussteigen zu können aus dem Verkauf ihres Körpers und letztlich ihrer Seele. Da sollten wir verstärkt hinschauen.

Für uns GRÜNE ist die soziale Frage ein Großprojekt, wie wir schon ein paar Mal gesagt haben. Wir setzen uns deshalb zum Beispiel für die Erweiterung des Karlsruher Passes und für die Bereitstellung von möglichst vielen Sozialwohnungen ein. Armut isoliert, wie sich jetzt gezeigt hat durch diesen Report. Armut spaltet, Armut unterhöhlt unsere Demokratie. Wir GRÜNEN wollen den Zusammenhalt. Wir freuen uns auf den Kongress der Stadt zur Armut, Daten und Taten, der im Oktober stattfindet.

**Stadtrat Dr. Müller (CDU):** Armutsbekämpfung, Armutsprävention ist eine Daueraufgabe, die auch kontinuierlich fortgeschrieben werden muss, weil sich auch hier manches in der Balance ändert, wo dann auch von unserer Seite her reagiert werden muss. Wir sehen wichtige Ansätze auch in der Prävention gegen Armut. Ich sehe im Bereich der Quartiersmanagement-situation, die noch weiter ausgebaut werden soll in Karlsruhe, auch eine wichtige Aufgabe, sich hier in diesem kleinen Gebiet, in einem Stadtteil, wo vieles überschaubarer ist, in einem Gebiet, wo sich auch viele untereinander kennen, Hilfestellungen,

Möglichkeiten zu schaffen, weitere Hilfen, Wege zu ebnen, auch umeinander sich zu kümmern. Das ist der wichtige Aspekt im Quartier. Das halte ich für eine wichtige Aufgabe, die wir auch, wenn wir an die ganze Quartiersproblematik beziehungsweise den Ausbau gehen wollen, mit im Auge haben sollten.

Auch die Alleinerziehenden sind uns ein wichtiges Anliegen, dass hier weiter etwas getan wird. Auch hier spielt die berufliche Situation Alleinerziehender eine wichtige Rolle. Wir sehen auch die Förderung der Teilzeitausbildung für Alleinerziehende für notwendig, was angeboten wird, aber noch zu wenig, dass hier auch die Möglichkeit geschaffen wird, aus diesem Rad der Armut herauszukommen.

Altersarmut ist oft die verschämte Armut, die wir in unserem Land aber auch in unserer Stadt haben. Wir müssen ein großes Augenmerk darauf werfen, dass wir auch unsere alten Menschen die Möglichkeit geben, dass sie im Alter lebenswürdig leben können.

Wichtig ist auch, dass wir mit unserem Karlsruher Pass, Karlsruher Kinderpass weitermachen. Eventuell muss auch hier über eine moderate Erhöhung von dieser starren Grenze, wo die Transferleistungen enden, nachgedacht werden. Da ist ein Puffer drin, den müssen wir einmal ausloten. Nämlich für die Familien, die zwei, drei Kinder haben, einen Verdienst haben, der aber nicht so hoch ist, dass sie alles für die Erziehung ihrer Kinder tun können. Hier ist ein Puffer drin, dem wir uns vielleicht noch einmal deutlicher annehmen müssen. Das halten wir für eine wichtige Aufgabe.

Nicht vergessen dürfen wir allerdings, wenn man den Armutsbericht liest, dass schon sehr viel getan wird in Karlsruhe. Karlsruhe ist ganz gut: Wohnraumakquise, sozialer Arbeitsmarkt, Karlsruher Pass und Frühe Hilfen und was es alles aufzuzählen gibt. Karlsruhe ist sicherlich nicht am Ende, sondern am Anfang einer Bewertungsskala. Darauf wollen wir weitermachen.

**Stadträtin Moser (SPD):** Auch die SPD-Fraktion nimmt den Armutsbericht 2019 zur Kenntnis. Wie wir dem ausführlichen Armutsbericht entnehmen konnten, heißt das, soziale Ungleichheit durchbrechen, Teilhabe vor Ort ermöglichen, schlicht und einfach Menschen dabei zu helfen, ihr Leben eigenverantwortlich zu gestalten. Aber Armut bedeutet nicht nur materielle, finanzielle Einschränkung, sondern auch Beeinträchtigung der Chancengleichheit beispielsweise bei Bildung, Arbeit und Wohnen.

Darüber hinaus sehen wir diesen Bericht aber auch als Verpflichtung für unser weiteres kommunalpolitisches Handeln. Verschiedene Punkte wurden bereits angesprochen. Für uns als Sozialdemokraten ist es entscheidend, dass wir gemäß des Mottos des siebten und nächsten Fachtages Armutsbekämpfung von Daten zu weiteren Taten kommen. Daher setzen wir unsere Erwartungen an die nächsten Sitzungen von Jugendhilfe- und Sozialausschuss, bei denen wir intensiv mit Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen darüber beraten und debattieren möchten, wie wir unsere hervorragenden Karlsruher Instrumente der Armutsbekämpfung weiter ausbauen können und welche Schritte darüber hinaus angegangen werden sollten. Beispielsweise die Ausweitung des Berechtigtenkreises des Karlsruher Passes und Karlsruher Kinderpasses. Das wurde schon mehrfach angesprochen. Da bin ich zuversichtlich, dass das auch gelingen wird. Deren Fortentwicklung wurde von unserer Fraktion bereits wiederholt gefordert, auch wenn der diesjährige Bericht durchaus auch erfreuliche Erkenntnisse beinhaltet, wie beispielsweise die geringe soziale Segregation in

unsere Stadt sehen wir – wie ich bereits eingangs erwähnt habe – die Ergebnisse insgesamt als Auftrag, uns weiter einzusetzen gegen Armut in unserer Stadt.

Ich werde hier nur auf wenige Punkte ausführlich eingehen. Hervorheben möchte dabei die besorgniserregende Steigerung der Karlsruherinnen und Karlsruher, die zu den sogenannten Working Poor gehören. Alleinerziehende, die auch in unserer Stadt zu denjenigen mit der höchsten Armutsgefährdung zählen, die wir verstärkt in den Mittelpunkt unserer Bemühungen stellen müssen. Diesem Prozess entgegenzuwirken, geht über den Erwerb von Bildung, die nur über den Erwerb der deutschen Sprache möglich ist. Hier dürfen wir unsere Bemühungen nicht nachlassen. Dies beginnt im Kindergartenalter und hört bei der Ausbildung auf. Hier sei nur die hohe Anzahl von Abbrechern in der Ausbildung beispielhaft erwähnt. Da müssen wir unbedingt gegensteuern.

Als weiteren Personenkreis möchte ich die vielen wohnungslosen Menschen in unserer Stadt benennen. Das betrifft nicht nur Familien, Senioren, sondern eigentlich rundum das Gros der Gesellschaft. Ein besonders wichtiger Faktor, um Armut entgegenzuwirken, ist bezahlbarer Wohnraum. Die Mieten in den letzten Jahren sind nahezu explodiert. Es müssen mehr sozialgebundene Wohnungen entstehen. Bei Sanierungen darf der Mietpreis nicht exorbitant in die Höhe schnellen. Und wir müssen verstärkt ein wachsames Auge auf Investoren in unserer Stadt haben. Baugenossenschaften und Baugemeinschaften müssen unterstützt und gestärkt werden. Neue Wege müssen beschritten werden, damit jede Bürgerin und jeder Bürger in Karlsruhe eine angemessene und vor allem bezahlbare Wohnung findet. Das zeigt uns, dass wir unter anderem im Bereich der Wohnraumakquise nicht nachlassen dürfen, sondern diese wichtige und wirksame Hilfe weiter ausbauen.

Als letzten Punkt möchte ich noch unser Gesamtkonzept Arbeit ansprechen. 2013 hat der Gemeinderat das Gesamtkonzept Arbeit mit sozialem Arbeitsmarkt beschlossen. Menschen, die im ersten und zweiten Arbeitsmarkt aufgrund verschiedenster Problemlagen nicht integriert werden können, finden eine langfristige Beschäftigung, die sie freiwillig eingehen. Seit Januar 2019 werden 100 zusätzliche Stellen durch das neue Bundesprogramm Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt finanziert.

Abschließend möchte ich der Verwaltung und allen am diesjährigen Armutsbericht beteiligten Experten der Freien Wohlfahrtsverbände unseren Dank aussprechen. Die vorbildhafte stetige und aussagekräftige Armutsberichterstattung bietet uns Stadträten die Möglichkeit, entsprechend der Bedarfe aktiv zu werden für die Ärmsten in unserer Stadt, weit über die monetäre Hilfe hinaus, entsprechend ihrer speziellen Lebenslagen und vor allem auch nachhaltig.

**Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI):** Ich möchte mich nur auf einen Punkt fokussieren, und zwar auf die Alleinerziehenden, bei denen laut dem Bericht – wir wissen es auch ohne den Bericht – große Gefahr besteht, dass es ein Armutsrisiko ist. Wir sehen einen zweiten Punkt, dass der Begriff Alleinerziehend zu einer Stigmatisierung führen kann auf Dauer. Wir würden uns wünschen, wenn wir diesen Begriff nicht immer so ausführlich in den Berichten benennen. Es ist auch eine Familie. Es ist eben eine Familie, wo die Erziehende oder der Erziehende nur eine Person ist und kein Paar. Aber es ist eine Familie. Von daher sehen wir es so, dass man sich überlegen sollte, inwieweit man auch mit der Sprache anfangen kann, einer Stigmatisierung entgegenzuwirken.

Was wir uns auch wünschen, wir haben es bei den letzten Doppelhaushaltsberatungen und mit Anträgen schon getan, dass man beim Karlsruher Pass und Kinderpass noch einmal genauer hinschaut. Das wurde auch von Kolleginnen und Kollegen schon genannt, dass man da noch einmal schaut, inwieweit man etwas mehr machen kann als bisher. Für uns ist klar, dass der Zoo, wie früher auch, mit in den Karlsruher Passe einbezogen werden sollte, um dort dann einen freien Eintritt zu haben, weil doch für viele Menschen der Zoo wie ein kleiner Urlaub ist. Das wissen wir von Rückmeldungen seit Jahren, und dass es für viele sehr schmerzhaft ist, dass sie diesen freien Eintritt so nicht mehr haben.

Zum Schluss möchte ich noch auf das besonders gute Beispiel des Gesamtkonzepts der Wohnungslosenhilfe hinweisen. Das ist für uns ein gelungenes Beispiel einer Zusammenarbeit verschiedener Ämter und Privatpersonen, mit dem Ziel Wohnraumbeschaffung und Wohnraumerhaltung für Menschen, die diese Unterstützung brauchen. Dass wir das so gut hinbekommen, kann nicht oft genug genannt werden. Da stehen wir in der Bundesrepublik schon mit einem Alleinstellungsmerkmal da. Es wird von vielen anderen Städten auf uns geschaut und versucht, in die Richtung zu gehen, was wir schon seit vielen Jahren auf den Weg gebracht haben.

**Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.):** Wenn wir diesen Armutsbericht lesen, müssen wir vor allem eines feststellen: Das soziale Netz in Deutschland ist schon lange nicht mehr engmaschig, sondern hat große Löcher. Immer größere Bevölkerungsgruppen fallen hindurch. Dies betrifft tatsächlich alle, egal, ob jung oder alt. Das muss eine Warnung für uns alle sein. Mich macht es persönlich am Meisten betroffen, wenn ich sehen muss, dass wir es gerade bei Kindern und Jugendlichen nicht schaffen, dass es völlig egal ist, ob ihre Eltern viel oder wenig verdienen, sondern stattdessen Bildung, Gesundheit und der Zugang zu Kultur davon abhängig ist, ob jemand arm oder reich ist. Ich komme selber aus einer Arbeiterfamilie und weiß, wie schwer es ist, sich heraufzuarbeiten. Wenn ich dann sehe, dass die einen beim Marathon des Lebens bei 42 km mit dem Fahrrad durchfahren können, die anderen noch zusätzlich Gewichte draufbekommen, ist das einfach nicht gerecht. Deshalb müssen wir an dieser Stelle konstatieren, dass wir unsere Instrumente, sei es der Karlsruher Kinderpass, sei es die beitragsfreie Kita, sei es das kostenlose Mittagessen weiter schärfen müssen und dafür endlich die notwendigen Konsequenzen, nämlich zusätzlich Ausgaben in die Hand nehmen müssen. Wenn wir dann das Leben weiter spinnen, geht es in die Ausbildung, zum Studium. Man wird konfrontiert mit zu wenig sozialem Wohnungsbau, wo auch unsere jetzigen Instrumente wohl nicht ausreichen, um das zu gewährleisten, was unsere Aufgabe ist, für alle Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt zu sorgen.

Dann geht es weiter, dass sie in prekärer Beschäftigung landen mit zu wenig Löhnen und dann noch nicht einmal in der Statistik auftauchen, weil sie vielleicht noch über dem SGB II stehen. Es geht weiter damit, dass sie irgendwann arbeitslos werden, keinen Job mehr finden, irgendwann in Langzeitarbeitslosigkeit sind, wo anscheinend 2/3 der Arbeitslosen landen. Dann muss man gleichzeitig feststellen, dass sich diese Leute auch abwenden von einem demokratischen System und Angst haben und enttäuscht sind darüber, dass wir es als Staat und als Gesellschaft nicht schaffen, dass wir die Voraussetzungen haben, dass jeder ein gutes Leben hat. Wenn man dann ins Rentenalter geht und da die Armut weitergeht, ist das noch besonders schockierend, weil Leute über ihr ganzes Leben lang in Armut leben müssen und dafür noch beeinflusst werden, weil sie sozial und gesellschaftlich völlig isoliert werden.

Deshalb müssen wir konstatieren, dass wir noch viel stärker einen sozialpolitischen Entwurf machen müssen, wie wir genau diesen Menschen helfen können. Also nicht nur unsere jetzigen Instrumente mit den Karlsruher Pässen zu schärfen, indem unsere Leistungskataloge erweitert werden und die Leistungsberechtigten noch in viel größerer Zahl da sind, sondern auch Instrumente finden, wie denjenigen geholfen wird, die die Dunkelziffer sind und die wir nicht direkt finden. Das kann nur gehen, indem wir allgemeinpoltische Initiativen starten.

Eines will ich auch noch hinzufügen. Wenn wir dann sehen, dass in unserer Stadt die Anzahl der ungleichwertigen Lebensverhältnisse weiter steigen, indem in Oberreut eine schlechtere Situation da ist als in der Innenstadt, dann muss es uns bedenklich machen. Wenn wir die Wahlergebnisse sehen, sehen wir das genau an diesen Entwicklungen. Deshalb muss es an uns liegen, im nächsten Doppelhaushalt auch die notwendigen Korrekturen zu stellen, um das einzulösen, was wir allen Menschen versprechen sollten, dass jeder ein gutes Leben in dieser Stadt haben kann.

**Stadtrat Høyem (FDP):** Ich möchte nicht wiederholen, was meine Kollegen schon gesagt haben. Ich wollte nur zwei Punkte deutlich machen. Es ist in diesem Bericht zu sehen, dass die Arbeitslosigkeit niedriger ist. Sie ist zurückgegangen. Wir müssen uns bei allem, was wir hier machen, immer daran erinnern, dass Arbeitsplätze zu schaffen, Armutsbekämpfung ist. Zu oft vergessen wir das.

Erlauben Sie mir auch eine Bemerkung, da das mein Beruf war. Bildung ist auch eine Armutsbekämpfung. Diese zwei Dinge: Arbeitsplätze schaffen und Bildung.

**Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR):** Man kann die Sache immer von zwei Seiten aus sehen. Man findet immer Dinge, die man besser machen könnte. Zunächst wäre wichtig festzustellen, wie gut es uns hier geht und welche Erfolge wir zu feiern haben. An der Konjunktur kann man ablesen, dass die Anzahl der Menschen, die Förderung erfahren, die Stütze erfahren, deutlich geringer geworden ist. Das können wir auch einmal feiern, das können wir einmal würdigen. Darüber hinaus muss man bewusst konstatieren, Wirtschaftsförderung ist Armutsbekämpfung. Das ist ein ganz wichtiger Teil der Armutsbekämpfung. Das dürfen wir nicht vergessen.

Für mich ist noch eine Frage, wie misst man Armut. Armut wird hier oft mit relativer Armut gemessen. 60 % des durchschnittlichen Einkommens eines Deutschen sind ungefähr 1160 Euro. Dann wären nach dieser Messart die meisten Studenten und Studentinnen arm. Deswegen stelle ich die Frage, inwiefern die Messfähigkeit von Armut so scharf ist. Ich kenne sehr viele arme Menschen und muss sagen, da gibt es welche, die sind zufrieden und glücklich, genauso wie es auch andere gibt. Deswegen, die Messung von Armut und Würde des Menschen ist oft mit Faktoren belegt, die ich nicht immer so ganz unterstütze.

Den Finger muss man schon in die Wunde legen an der Stelle mit dem sozialen Wohnungsbau. Wir haben tatsächlich unglaublich viele Wohnungen verloren und wir wissen noch nicht, ob wir den Umkehrschwung schon geschafft haben. Da dürfen wir nicht nachlassen. Das ist die herausragende Arbeit für Armutsbekämpfung. An der Stelle will ich ermutigen, nicht nachzulassen. Da sind wir gefordert.

Auf einen Punkt möchte ich verweisen, die Einsamkeitsrate. 54 % der Karlsruher Haushalte sind Einpersonenhaushalte. Da steckt ein unglaubliches Leid von vielen Menschen dahinter. Ich glaube, bei der Armutsbekämpfung haben wir das noch nicht so entdeckt. Da steckt unglaublich viel Armut dahinter. Das bezeichnen wir als Armut. Menschen, die einsam sind, sind wirklich arm. Deswegen müssen wir schauen, wie können wir unsere Stadt vom Quartier her entwickeln. Diese Sozialraumbetrachtung ist so gut. Das kann ich nur unterstützen. Die ist hervorragend, dass wir vom Sozialraum her denken, wie können wir Begegnungsorte schaffen, wie können wir Möglichkeiten schaffen, dass Menschen sich in Gemeinschaft aufgehoben wissen, dass sie jemanden haben, den sie ansprechen können. Deswegen erscheint mir, diesen Faktor Einsamkeit und Quartier in Verbindung zu bringen, als einen wichtigen Teil von echter Armutsbekämpfung.

Ich möchte mich bedanken für die Arbeit, die dahinter steckt. Es ist eine hervorragende Arbeit. Ich möchte sagen, die Wege, die wir gegangen sind, sind sehr gut. Wir müssen konsequent weiter dran bleiben.

**Stadträtin Binder (DIE LINKE.):** Ich bedanke mich, dass ich jetzt noch reden darf, obwohl mein Kollege schon gesprochen hat. Ich möchte einfach einmal sagen, ich bedauere es sehr, dass dieses doch wichtige Papier im alten Gemeinderat im Sozialausschuss beraten wurde. Ich hätte sehr gerne daran teilgenommen. Ich bin mir im Klaren darüber, dass uns diese Vorlage sicherlich über diese Legislaturperiode weiter begleiten wird.

Ich habe mich jetzt in der Kürze der Zeit nur auf wenige Punkte beschränkt. Ich bin sehr begeistert darüber, dass Sie feststellen, wie wichtig Gesundheit ist, insbesondere auch bei Kindern, weil letztendlich das schon die Anlagen sind für Krankheit im Alter. Von daher hätte ich mir gewünscht, dass man sich durchringt und sagt, kostenfreie Kita- und Schulverpflegung für alle Kinder. Denn ich möchte auf eines aufmerksam machen: Arme Kinder sind nicht nur die Kinder von Eltern mit geringem Einkommen. Arme Kinder sind auch die Kinder, die 5 oder 10 Euro in die Hand gedrückt bekommen und damit tagtäglich bei irgendeinem Imbiss ihre künftige Adipositanlagen einkaufen. Deshalb wäre das ein Wunsch für eine Empfehlung, aus dem, was man an Erkenntnissen gewonnen hat.

Dann möchte ich mich auf die älteren Menschen beziehen. Wir haben auch im vorausgegangenen Tagesordnungspunkt festgestellt, wir haben eine wachsende ältere Gesellschaft. Es wurde gerade festgestellt, Einsamkeit, Einzelhaushalte, ein Großteil davon sind ältere Menschen. Ich hätte mir also gewünscht, dass in den Handlungsempfehlungen, tatsächlich auch auf die Wohnsituation der alten Menschen eingegangen wird, und dass man sich vielleicht auch Gedanken macht über eine aufsuchende Sozialarbeit. Denn viele alte Menschen gehen nicht zum Amt. Wenn Menschen in Rente kommen, entsteht ein Bruch in ihrem Leben. Ich glaube, da wäre es sehr hilfreich, wenn jemand kommt, einmal vorbeischaut und fragt, woran klemmt es. Kann man irgendwie behilflich sein? Gibt es irgendwelche Dinge, die man regeln müsste? Vielleicht ergibt sich bei der Gelegenheit auch ein Gespräch über die viel zu große Wohnung, die dieser einsam ältere Mensch jetzt hat, aber sich keine neue kleinere Wohnung zulegen kann, weil die teurer wäre, wie die, die er jetzt hat. Diese Wohnverhältnisse in den Quartieren daraufhin abzuklopfen, welche Altersdurchschnitte haben wir, wo kann man ansetzen, um hier vielleicht mit Wohnungstausch Menschen dabei behilflich zu sein, in eine altengerechte Wohnung, also barrierefreie Wohnung umzuziehen, und bei gleichbleibender Miete nicht mit höherer Belastung rechnen zu müssen. Das wäre mir ein Anliegen. Wenn man das als Konsequenz mit aufnehmen könnte.

Dann komme ich zu meinem letzten Punkt, das Thema Schuldnerberatung. Ich bin mir im Klaren darüber, dass unsere Arbeitsgesellschaft einen maßgeblichen Anteil an Erkrankungen vieler Menschen hat. Das beginnt ganz oft mit psychischer Erkrankung. Wir wissen alle, Burnout ist so ein Schlagwort. Aber es bedeutet Depression, es bedeute psychische Erkrankung. Diese Menschen geraten ganz oft, fast von selbst, in Schuldenfallen. Schon allein deshalb, weil sie ihre Post nicht mehr aufmachen. Wenn ich diese Menschen mit einem halben Jahr Wartezeit bis zu einer Schuldnerberatung belaste, dann weiß ich, dass diese Beratung nicht mehr stattfindet, weil die in einem halben Jahr gar nicht mehr dazu in der Lage sind. Da wäre mein Wunsch, die Schuldnerberatung tatsächlich noch besser auszustatten, weiter auszubauen und vielleicht auch dafür Sorge zu tragen, dass man über diese Schiene vielleicht solchen Menschen auch andere Handreichungen geben kann. Sprich, in Verbindung damit tatsächlich auch Sozialarbeitsangebote zu machen, die den Menschen ein Stück weit dabei helfen, ihren Alltag wieder zu bewältigen.

Das sind einfach nur drei Gedanken. Viel mehr kommt sicherlich im Laufe der nächsten Jahre.

**Bürgermeister Lenz:** Zunächst einmal herzlichen Dank für die intensive Debatte. Frau Stadträtin Binder, Sie brauchen keine Beruhigung – mir fällt keine andere Formulierung ein -, alles, was Sie uns jetzt mitgegeben haben, geht nicht verloren, a) weil Sie uns daran erinnern werden und b) weil die Chefredakteurin unseres Armutsberichts auch fleißig alles mitgeschrieben hat. Das ist auch die Tradition. Ich bin für das Timing persönlich verantwortlich, dem alten Gemeinderat sehr bewusst diesen Bericht noch einmal zu präsentieren und dem neuen ihn auf den Weg mitzugeben, und zwar genau Richtung Haushaltsberatung. Die Handlungsempfehlungen sind genau für Sie als die Neuen, und natürlich auch für die Erfahrenen unter Ihnen, so gedacht, dass Sie für den nächsten Haushalt dann auch schauen können, wo Sie Ihre Schwerpunkte sehen oder wo Sie – wie Sie eben – ergänzend tätig werden.

Es wird von Ihnen angesprochen, aber ich möchte es noch einmal deutlich unterstreichen, lieber Herr Stadtrat Cramer, das ist wirklich ein Alleinstellungsmerkmal. Ich war letzte Woche in Berlin. Sie werden keine Großstadt in der Größe finden in Deutschland, da gibt es nur 20, die noch mehr haben als wir, die mit der Liga der Freien Wohlfahrtspflege fast drei Jahrzehnte und mit Ihnen als Gemeinderat so kontinuierlich auf Augenhöhe am Ball geblieben ist und auch bleiben wird. Dieser Armutsbericht, deswegen auch, Frau Stadträtin Binder, kommt in der Dimension wirklich nur alle sieben/acht Jahre. Wir machen das nicht allzu oft, weil Sie nämlich, auch Ihre Vorgängerinnen und Ihre Zukünftigen hier, alles andere als flügelahm geworden sind über die Jahrzehnte. Wir auch nicht als Verwaltung. Insofern arbeiten wir sehr praktisch und direkt weiter. Dass das jetzt nicht nur ein Lippenbekenntnis ist, sehen Sie daran – jetzt muss ich auf meinen Zettel schauen – 09.10. Jugendhilfeausschuss, 16.10. Sozialausschuss, genau die Erweiterung des Karlsruher Passes, die Erweiterung der Einkommensgrenzen. Das hatte ich schon auf den GRÜNEN-Antrag im Frühsommer zugesagt und auch hier wieder versprochen und gehalten. Dass Sie, Frau Stadträtin Anlauf, auf unsere Tagung – den Titel fand ich auch gut, der gilt auch für die ganzen Jahrzehnte „Von Daten zu Taten“ – aufmerksam gemacht haben, sage ich auch da den Zeitpunkt, nämlich den 15.10., immer der zweite Dienstag. Auch schon seit 10 Jahren machen wir traditionell eine Armutstagung im Rahmen der Landesarmutsbekämpfungswochen, haben uns da auch in die Liga überörtlich eingefügt.

Wenn ich Land sage, komme ich zum Bund, Herr Stadtrat Bimmerle. Es ist einfach so, die Kommunen haben das Thema Anfang der 90er, München, Stuttgart und Karlsruhe, auf die Tagesordnung gesetzt, eben deshalb, um darauf aufmerksam zu machen, dass es plötzlich Kinderarmut gibt. Damals galt die Armut bei Rentnerinnen und Rentnern durch entsprechende Sozialgebung des Bundes als gelöst. Jetzt stellen wir fest, wir brauchen natürlich, ob Alleinerziehende, Working Poor, weiterhin den Bund. Die GroKo hat einiges versprochen. Aus Berlin bringe ich Ihnen jetzt auch eine Zahl mit, die macht mich optimistisch. Ich hoffe, es kommt auch so. Das kommt auch Ihrem Anliegen entgegen, Herr Stadtrat Cramer, weil es vor allem Alleinerziehende betreffen wird. Das Familienministerium hat den größten Etat seit der Geschichte, seit es die Bundesrepublik gibt. Ich weiß nicht, ob Sie es mitbekommen haben. Es war vor zwei Wochen im Bundestag. Ein Kern ist das neue Gesetz Familie stärken. Da soll der Familienzuschlag so erhöht werden, dass er nicht nur 800.000 Kinder wie bislang erreicht, sondern 2 Millionen. Das müssen wir dann mit unserer Statistik, mit unseren Messinstrumenten auch tatsächlich spüren. Es drück ich uns allen und vor allem auch den armen Familien die Daumen, dass das auch tatsächlich so kommt und diese Wirkung entfaltet. Jetzt bin ich ganz froh, dass der Bund an der Stelle wieder einmal einen richtigen Aufschlag macht.

Denn wir sind es gewohnt, aber wir können Armut – tut mir sehr Leid – immer nur lindern. Wir in den Städten und Gemeinden können das Armutsproblem nicht lösen. Wir können die Geldbeutel zwar entlasten. Denken Sie immer daran, wir haben vor 60 Jahren den Karlsruher Pass eingeführt, parallel zum damaligen Bundessozialhilfegesetz. Damals war schon die Erkenntnis, Teilhabe ist nur vor Ort möglich. Deswegen machen wir in diesem Sinne dann auch weiter. Deswegen sage ich noch einmal herzlichen Dank der Politik, der sozialen Arbeit, aber natürlich auch meiner Sozialverwaltung.

Ein letztes, Herr Stadtrat Müller, gerade das Quartiersmanagement, der Sozialraumbezug ist ein Anliegen unserer neuen Direktorin Karina Langeneckert. Da trifft sich dann das, Herr Stadtrat Kalmbach, was Sie einfordern, die Netze vor Ort stärken und das Thema Nachbarschaft wieder zu intensivieren. Aber wir bleiben mit Ihnen über die Ausschüsse, über Tagungen und vielleicht auch persönlich im Dialog. Deshalb noch einmal herzlichen Dank für die intensive Debatte, auch im Namen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die diesen Bericht verfasst haben.

**Der Vorsitzende:** Es ist eine Informationsvorlage. Sie nehmen das zur Kenntnis. Ich hatte jetzt den Eindruck, dass keiner von Ihnen es nicht zur Kenntnis genommen hat. Insofern können wir das jetzt einfach so akzeptieren.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –  
5. November 2019